

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißbeck, am Mittwoch, den 21. März 2018, mit Beginn um 19:00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißbeck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Thomas Stefan	Hr. Ing. Johann Paul Unterweger
Fr. Melanie Rindler	Fr. Elke Steinwender
Hr. Ing. Herbert Mandler	Hr. Ing. Rupert Viehhauser
Fr. Michaela Aichholzer	Hr. Stefan Burger
Hr. Helmut Stefan	Fr. Doris Unterrainer
Hr. Friedrich Kritzer	Fr. Tamara Penker
Hr. Norbert Sattlegger	Fr. Carmen Thaler
Fr. Heidi Moser	
	Hr. Ulf Berger

Anwesendes Ersatzmitglied:

Hr. Ernst Peter Königsreiner
Fr. Birgit Huber

Entschuldigt abwesend:

Hr. Andreas Kleinfurter
Hr. Ing. Ronald Meixner

Weiters anwesend: Fr. Sigrid Aichholzer, Finanzverwalterin

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Bericht des Kontrollausschusses
4. Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2017
5. Genehmigung des Finanzierungsplanes für das Vorhaben „Berg- und Verbindungsstraßen sowie Straßenbeleuchtung 2018“
6. Generalsanierung der Volksschule Reißbeck; Auftragsvergaben
7. Genehmigung des „Mittelfristigen Investitionsplanes 2018 bis 2022“
8. Region Großglockner/Mölltal-Oberdrautal; Beschlussfassung über die Teilnahme an KLAR (Klimawandel-Anpassungsmodellregion) und KEM (Klima- und Energie-Modellregion)
9. Vergabebeschluss über Ankauf einer Schneefräse und eines Streugeräts für den Winterdienst
10. WVA Kolbnitz; Errichtung einer Notwasserversorgung – Vergabe des Auftrages zur Erstellung eines Einreichprojekts
11. Ankauf einer Kühlzelle für die Tierkörperentsorgung; Vergabe
12. Radwegnetz „Unteres Mölltal“; Bericht des Referenten und Beitragsleistung der Gemeinde
13. Breitbandoffensive; Erstellung eines Masterplanes – Information über den aktuellen Stand
14. Genehmigung des 1. Nachtragsvoranschlags 2018

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, das im Zuhörerraum anwesende Publikum sowie die Finanzverwalterin und den Schriftführer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er hält fest, dass für die entschuldigt abwesenden Mitglieder Andreas Kleinfurter und Ing. Ronald Meixner Herr Ernst Peter Königsreiner und Frau Birgit Huber als Ersatzmitglieder an der Sitzung teilnehmen. Daraufhin eröffnet der Vorsitzende die Sitzung um 19.00 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden die Mitglieder GR Helmut Stefan und GR Doris Unterrainer bestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt dem Obmann des Kontrollausschusses, GR Ulf Berger, das Wort zur Berichterstattung. Dieser berichtet anhand der vorliegenden Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 7. März 2018. Gegenstand der Beratung war zunächst eine ausführliche Erläuterung des Rechnungsabschlusses durch die Finanzverwalterin, zu dessen Genehmigung eine einstimmige Empfehlung abgegeben wurde. Nachdem der Rechnungsabschluss einen eigenen Punkt in der heutigen Tagesordnung bildet und vom Ausschuss eine einstimmige Empfehlung zur Genehmigung abgegeben wurde, geht der Obmann auf diesen Punkt nicht näher ein. Der zweite Beratungsgegenstand war die Prüfung der restlichen Belege des Rechnungsjahres 2017. Dazu wurde im Zusammenhang mit der Jahresabrechnung der Konzerte mit der Trachtenkapelle Kolbnitz die Frage aufgeworfen, welche Veranstaltungen die Gemeinde übernimmt (Kirchtage, Georgifest, Vereinsanlässe) und ob dafür eine Beschlussgrundlage existiert.

Der Bürgermeister merkt zu der aufgeworfenen Frage an, dass seines Wissens kein eigener Beschluss existiert bzw. dass eine derartige Regelung viele Jahre zurückliegen muss. Es sei geübte Praxis, dass pro Verein und Jahr ein Konzert übernommen wird. Desgleichen trägt die Gemeinde den Aufwand für die Traditionsveranstaltungen, wie die angesprochenen Kirchtage, das Georgifest etc.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Ausschusses und die Stellungnahme des Bürgermeisters zu der aufgeworfenen Frage zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass der Rechnungsabschluss 2017 im Entwurf erstellt, von der Gemeindefaufsicht positiv begutachtet und auch im Kontrollausschuss vorberaten wurde. Das Zahlenwerk wird in der Folge vom Finanzreferenten, Vizebürgermeister Thomas Stefan hinsichtlich des ordent-

lichen Haushaltes und von der Finanzverwalterin, Sigrid Aichholzer, hinsichtlich des AO-Haushaltes anhand einer Power-Point-Präsentation übersichtlich erläutert. Der Finanzreferent bedankt sich eingangs seines Vortrages bei der Finanzverwalterin für die vorbildliche Vorbereitung des Zahlenwerkes und bei den Referenten für die gezeigte Budgetdisziplin. Er streicht als positiven Aspekt den zwar geringen, aber doch vorhandenen Überschuss hervor und geht dann auf das Zahlenwerk ein. Die Übersicht laut Power-Point-Vortrag ist im Folgenden dargestellt:

Ordentlicher Haushalt:			
	RA 2017	VA 2017	Abweichung
Einnahmen	€ 5.419.175,56	€ 4.436.200,00	€ 982.975,56
Ausgaben	<u>€ 5.399.741,45</u>	<u>€ 4.436.200,00</u>	€ 963.541,45
Soll-Überschuss	€ 19.434,11		

- Der Kassenbestand weist ein Plus in Höhe von € 736.764,68 auf.

Abweichungen gegenüber dem Voranschlag:

- In allen Abschnitten sind Abweichungen gegenüber dem Voranschlag zu verzeichnen.
- Die Überschreitungen und Unterschreitungen einnahmen- und ausgabenseitig heben sich aber größtenteils auf.
- Grund: es wurde kein 2. Nachtragsvoranschlag erstellt und somit auch keine Anpassungen vorgenommen worden.
- Speziell beim Lohnaufwand sind doch beachtliche Abweichungen gegenüber dem Voranschlag ersichtlich, jedoch sind hier auch Einnahmen verbucht worden (Abrechnung einer Abfertigungsrücklagenversicherung/ Förderungen AMS bei Aushilfskräften und auch Verschiebungen Aushilfskräfte-Wirtschaftshofleistungen)
- Der Soll-Überschuss setzt sich eigentlich aus den Abweichungen bei den Transferzahlungen, die genau veranschlagt waren, zusammen:
- Gemeindeabgaben: + € 10.843 / Ertragsanteile: - € 5.170 / Finanzzuweisungen n.d.FAG: € 3.477
Maßn.zur Sozialhilfe: - € 4.082 / Abgang Krankenanstalten: - € 9.409

Gemeindeeigene Betriebe:

- ▶ **Schwimmbad:**
- ▶ Abgang lt. RA 2017 € 72.522 (VA: 65.700 Abgang)
- Erlöse:
- KärntenCard: € 6.256,31
- Zahlende Besucher: € 6.024,51
- ▶ **Kreuzeckbahn:**
- ▶ Überschuss lt. RA 2017: € 7.843,15 (VA: 6.900 Abgang)
- Erlöse:
- KärntenCard: € 53.380,17
- Zahlende Besucher: € 36.090,89
- Erlöse Kiosk: € 20.136,53
- ▶ **Lift:**
- ▶ Abgang lt. RA 2017: € 5.632,83
(kein Liftbetrieb)

Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit / Gebührenhaushalte

Soll-Abgang WVA: € 7.638,00
 Soll-Überschuss Kanal: € 653.555,31 (kumulierter Überschuss)
 Soll-Überschuss Müllhaushalt: € 129.561,69 (kumulierter Überschuss)
 Soll-Überschuss Wohnungen:

UK 16: € 7.928,58

UK 50: € 20.567,31

- Der **Wirtschaftshof**, der ja kostendeckend zu führen ist, weist noch einen Überschuss in Höhe von € 27.094,31 auf (RA 2016: € 40.784,90).

- **Rücklagenstand 31.12.2017**

Auf Sparbüchern

- WVA: € 8.162,51
- Wohnungen: € 9.121,36
- Kanal: € 25.009,65
- Müllentsorgung: € 15.005,79

Darlehensstand per 31.12.2017:

Bedeckung Gebührenhaushalt Wasser bzw. Kanal:

Darlehen Kreditinstitute € 4.203.786,62

Fondsdarlehen Land (Rückzahlungsbeginn ab 2032

jährliche Verzinsung: 1 %) € 1.867.201,56

Regionalfondsdarlehen-San.Teuchlstr.BA01 € 51.781,51

Haftungen per 31.12.2017

Wasserverband Lurnfeld/Reißeck und Wasserverband Millstätter See: € 1.876.237

Verwaltungsschulden (Leasing) per 31.12.2017

- Hako Citymaster 1600: € 86.650,85

Außerordentlicher Haushalt:

- Einnahmen: € 1.194.723,80
- Ausgaben: € 1.338.354,46

Vorhaben, die ins Rechnungsjahr 2018 übertragen werden:

- Leaderprojekt Bibliothekenlandschaft Oberkärnten

Abgang: € 9.560,88

- Thermische Sanierung Volksschule Reißeck

Ausgaben: € 535.681,67 / Einnahmen: € 461.000

Weiterführung 2018

- Sanierung Gemeindestraßen/Hattelberg BA 01:

Überschuss: 8.403,63

Endabrechnung erfolgt 2018

- Sanierung Teuchlstraße BA2:

Abgang: € 3.588,31

Endabrechnung erfolgt 2018

- Wärmepumpe Freibad

Überschuss: € 520,83

- Freibad Kolbnitz/Sanierung BA01

Ausgaben: € 242.924,26 / Einnahmen: € 178.200

Endabrechnung erfolgt 2018

Auftretende Fragen können während des Vortrages bereits umfassend beantwortet werden. Eine abschließende Diskussion unterbleibt daher.

Vizebürgermeister Thomas Stefan stellt nach Abschluss der Beratung den Antrag, der Gemeinderat möge den Empfehlungen des Gemeindevorstandes und des Kontrollausschusses folgen und den Rechnungsabschluss 2017, wie von ihm und der Finanzverwalterin vorgetragen und erläutert, beschließen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt neuerlich Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort. Dieser erinnert daran, dass in der letzten Sitzung im Dezember des Vorjahres ein eigenes AO-Vorhaben als „Paket“ für die Berg- und Verbindungsstraßen sowie Straßenbeleuchtung 2018 geschnürt und beschlossen wurde. Sinn dieses umfassenden Straßenbauvorhabens war es, entsprechende KBO-Förderungen lukrieren zu können. Das Zahlenwerk für das gesamte Projekt ist auch im Mittelfristigen Investitionsplan ausgewiesen und es wurde dafür ein eigener Finanzierungsplan erstellt, der heute genehmigt werden soll.

Die Finanzverwalterin bekräftigt die Worte des Referenten. Die ursprünglich vorgesehene Einzelveranschlagung der Vorhaben war aus Förderungsgründen nicht möglich. In der Folge erläutert sie den vorliegenden Finanzierungsplan, der für den entstehenden Gesamtaufwand 2018 in Höhe von € 289.000,-- folgende Finanzierung vorsieht:

Landesmittel	€ 107.200,--
KBO-Mittel	€ 45.000,--
Bedarfszuweisungsmittel	€ 136.300,--

Der Finanzierungsplan findet in der Beratung die ungeteilte Zustimmung. Der Bürgermeister merkt dazu an, dass trotz der zuletzt guten Förderkulisse die Erhaltung des Straßennetzes für die Gemeinde eine enorme Belastung darstellt. Man wird sich weitere Möglichkeiten der Finanzierung und des Schutzes der erneuerten Straßenteile (Taufwetterbeschränkungen) überlegen müssen.

Nach Ende der Diskussion stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den vorgelegten und erläuterten Finanzierungsplan *Berg- und Verbindungsstraßen sowie Straßenbeleuchtung 2018* genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende meint eingangs zu den heute vorgesehenen Auftragsvergaben, dass der Schulbau den Gemeinderat schon einige Zeit beschäftigt und übergibt das Wort an Vizebürgermeister Thomas Stefan. Dieser erklärt, dass einige der größeren Gewerke noch in Vorbereitung sind, wie die Fassadendämmung, die Metallbauarbeiten und die Baumeisterarbeiten. Diese sollen in der nächsten Sitzung des Gemeinderates zur Vergabe kommen. Für die heutige Sitzung liegen die geprüften und nachverhandelten Gewerke Zimmermeisterarbeiten, Spengler- und Dachdeckerarbeiten sowie die Malerarbeiten zur Vergabe vor. Laut dem vorgesehenen Zeitplan soll mit den Arbeiten zwei Wochen vor Schulschluss begonnen werden, damit sie zeitgerecht zum Ende der Ferien abgeschlossen werden können. Für die heute zur Entscheidung anstehenden Gewerke wurden jeweils 4 bis 5 Firmen zur Angebotslegung eingeladen. Nicht alle eingeladenen Firmen haben aber der Einladung Folge geleistet.

Auf Basis der nachverhandelten Angebote unter Berücksichtigung allfälliger Nachlässe ergeben sich folgende Bestbieter bei den einzelnen Gewerken (Nettosummen):

Zimmermeisterarbeiten	Fa. Hubmann, Weißbriach	€ 44.684,42
Spengler- und Dachdeckerarbeiten	Fa. Pontilli, Kolbnitz	€ 36.120,22
Malerarbeiten	Fa. Hoffmann, Möllbrücke	€ 8.193,75

Der gesamte Preisspiegel mit allen Summen liegt dem Gemeinderat vor. Wie der Finanzreferent anmerkt, tritt er bei den Zimmermeisterarbeiten und bei den Spengler- und Dachdeckerarbeiten für die Vergabe an den Bestbieter ein. Bei den Malerarbeiten liegt das einheimische Unternehmen Maler Ortner nach neuerlicher Nachverhandlung bei einer Nettovergabesumme von € 9.702,--. Sein persönlicher Zugang sei es daher, dem einheimischen Betrieb den Zuschlag zu geben. Einerseits gelte das Best- und nicht das Billigstbieterprinzip und andererseits ist der geringe Mehraufwand durch den Firmensitz in Reißbeck (Beschäftigung, Steuerrückfluss) absolut zu rechtfertigen.

Dieser Auffassung pflichten in der Beratung in mehreren Wortmeldungen der Bürgermeister, GR Tamara Penker und auch der Obmann des Wirtschaftsausschusses GR Ing. Herbert Mandler bei. Letzterer zerstreut auch Bedenken hinsichtlich des Vergaberechts. Bei diesen Summen ist auch eine freihändige Einzelvergabe möglich. Zusätzlich spricht er die Problematik des Gerüsts an. Die Angebotssumme der Fa. Hubmann erscheint sehr günstig, zumal das Gerüst für die Dauer aller anfallenden Arbeiten stehen bleiben soll. Dazu ergänzt der Finanzreferent, dass wohl ursprünglich vorgesehen war, das Gerüst nur für die Dauer der Zimmermannsarbeiten zu nutzen. Die angebotene Summe für die gesamte Bauzeit ist aber so besprochen und nachverhandelt worden. Er ersucht den Gemeinderat auch um Zustimmung, dass die anstehende Frage der Farbgestaltung (Dachziegel, Verblechung) auf kurzem Wege durch den Gemeindevorstand erweitert um den Wirtschaftsausschuss erfolgen kann. Diesem Ersuchen erteilt der Gemeinderat die ungeteilte Zustimmung.

Der Bürgermeister zeigt sich erfreut, dass dem Bestreben, möglichst einheimische Betriebe zu beschäftigen, sehr gut nachgekommen werden kann. Mit der Fa. Pontilli ist abgeklärt, dass sie für die Ausführung des Auftrages auf zusätzliche Arbeitskräfte zurückgreifen kann. Bei den Zimmermannsarbeiten hat unser Kleinbetrieb Hartweger leider keine Möglichkeit gesehen, ein Projekt dieser Größenordnung umzusetzen. Er erhält aber immer wieder kleinere Direktaufträge der Gemeinde.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger zeigt sich, wie schon Vizebürgermeister Thomas Stefan zuvor, wenig erfreut, dass es nicht möglich war, bis heute alle Gewerke für die Gesamt-

vergabe vorliegen zu haben. Die zeitgerechte Auftragserteilung an den Planer Ing. Hosner hätte dies eigentlich ermöglicht und man wollte auch dem Vorwurf ausweichen, den Firmen nicht genug Vorlaufzeit für die Angebotserstellung zu gewähren. Er zeigt sich, wie auch GV Carmen Thaler, erfreut darüber, dass einheimische Firmen zum Zug kommen und stimmt ebenfalls der Direktvergabe der Malerarbeiten an die Firma Ortner aus Kolbnitz zu.

Auf eine ehestmögliche Vergabe der restlichen Gewerke, bald nach Ostern bzw. noch im April, kann sich der Gemeinderat bereits einstellen.

Vor der Beschlussfassung zu diesem Punkt merkt der Finanzreferent in Ergänzung zu den heutigen Vergaben Folgendes an:

Das Vorhaben Generalsanierung Volksschule Reißbeck BA02 sieht im genehmigten Finanzierungsplan noch ein Bauvolumen in Höhe von € 248.200 vor, wobei im Voranschlag 2018 für die thermische Sanierung € 161.000 veranschlagt sind, und im Jahr 2019 die Endfinanzierung in Höhe von € 87.200 erfolgt.

Sodann stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge den Auftragsvergaben an folgende Firmen zu nachverhandelten Nettosummen, wie vorbereitet und erläutert, zustimmen:

Zimmermeisterarbeiten	Fa. Hubmann, Weißbriach	€ 44.684,42
Spengler- und Dachdeckerarbeiten	Fa. Pontilli, Kolbnitz	€ 36.120,22
Malerarbeiten	Fa. Ortner, Kolbnitz	€ 9.702,00

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt der Finanzverwalterin das Wort. Diese erläutert anhand der vorbereiteten und dem Gemeinderat vorliegenden Excel-Tabelle den Mittelfristigen Investitionsplan 2018 bis 2022. Darin sind neben den bereits bekannten und beschlossenen Vorhaben auch die drei neuen und heute noch zu beschließenden Vorhaben (diese sind gelb unterlegt) enthalten. **Diese neuen Vorhaben sind:**

Vorhaben	Volumen	
	2018	2019
Berg- u. Verbindungsstraßen sowie Straßenbeleuchtung	289.000	-
Familien- und Kinderparadies Mühldorf Schilift	20.000	-
Sanierung Freibad BA02	197.500	152.500

Dargestellt sind im Mittelfristigen Investitionsplan weiters die bereits genehmigten Vorhaben. Es sind dies:

Vorhaben	Vorjahre	2018	2019
Generalsanierung VS Kolbnitz (jetzt Reißbeck)	461.000	161.000	87.200
Sanierung Freibad BA01	273.200	31.800	

Enthalten ist zusätzlich informativ das mittels Grundsatzbeschluss angebahnte und zur Gänze 2018 zu finanzierende Vorhaben:

Ankauf von Lagerhallen	56.000
------------------------	--------

Die detaillierte Finanzierung ist in der Tabelle, welche dem Original dieses Protokolls als Beilage angeschlossen ist, enthalten.

Dargestellt sind in der Beilage auch die jährlichen freien BZ bis 2022 und die bereits mit Zweckbindung vergebenen BZ-Mittel mit Zuordnung zu den einzelnen Vorhaben. Wie die Finanzverwalterin ausführt, enthält der Mittelfristige Investitionsplan nur Vorhaben, für welche schriftliche Finanzierungszusicherungen vorliegen. Das ist mit der Grund, warum die Genehmigung erst heute erfolgt und nicht bereits mit der Beschlussfassung des Voranschlags 2018.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger merkt an, dass damit für heuer nur mehr € 16.700,- an freien BZ-Mitteln zur Verfügung stehen. In den Folgejahren verschaffen die zu erwartenden BZ aber wieder Spielraum für Investitionen. Im Zusammenhang mit der Problematik der Bergstraßen-erhaltung verweist er auf die gute Lösung, die vor einigen Jahren durch den leider dieser Tage verstorbenen Ex-Landesrat Achill Rumpold eröffnet wurde. Damit konnten auch öffentliche Straßen in die Förderung der Abteilung 10L aufgenommen werden. Er hofft, dass speziell die Bergstraßen wohl auch künftig mit großzügiger Unterstützung des Landes schrittweise saniert werden können.

Auch Vizebürgermeister und Finanzreferent Thomas Stefan hält fest, dass mit den künftigen BZ-Mitteln wieder einige Vorhaben realisiert werden können. Allerdings ist die Liste der Wünsche deutlich länger als die vorhandenen Mittel. Mit Hinweis auf die Wortmeldung seines Vorredners merkt er an, dass in den letzten Jahren auch zahlreiche Hofzufahrten großzügig über das Landesprogramm saniert wurden. Auch hier gab es erhebliche Zuschüsse der Gemeinde.

Nach Abschluss der Beratung stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan auch den Antrag, der Gemeinderat möge den Mittelfristigen Investitionsplan 2018 bis 2022 wie vorgelegt und erläutert beschließen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Nach der Beschlussfassung spricht der Bürgermeister der Finanzverwalterin für die vorbildliche Arbeit und allen an der korrekten Umsetzung des Budgets Beteiligten seinen Dank aus. Durch diese geschlossene Vorgangsweise ist es auch immer wieder möglich, ausgeglichen zu bilanzieren und zahlreiche Projekte zu realisieren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde an den Modellregionen KLAR (Klimawandel-Anpassungsmodellregion) und KEM (Klima- und Energie-Modellregion) teilnehmen möchte. Geschäftsführer Mag. Marwieser hat den Gemeindevorstand in einer Präsentation umfassend über die Programme und die damit in Verbindung stehenden Möglichkeiten informiert. Der Bürgermeister umschreibt kurz die umfassenden Fördermöglichkeiten und weist darauf hin, dass für Projekte im Einzelfall bis zu € 75.000,- an Förderungen lukriert werden können.

Wie er ausführt, fallen für die Teilnahme an beiden Programmen Beiträge von rund € 17.000,-- auf die Dauer von 4 Jahren an (je Programm im ersten Jahr € 1,50 im zweiten € 1,-- im dritten € 1,-- und im vierten € 0,50 pro Einwohner). Ziel ist es, zumindest Förderungen in Höhe der Beiträge wieder an die teilnehmenden Gemeinden zurückzuführen. Eine Trennung zwischen den Programmen KLEM und KLAR ist schwer möglich. Dennoch wäre es theoretisch denkbar, nur bei einem Programm dabei zu sein. Die Förderhöhe beträgt im Einzelfall maximal 30 % der Investitionskosten mit der bereits erwähnten Deckelung. Der Bürgermeister erklärt, dass die Drautaler Gemeinden komplett mit im „Boot“ sind, während im Mölltal die drei Gemeinden Großkirchheim, Winklarn und Mörtschach eine eigene Einreichung für die Förderung angestrebt haben, damit aber gescheitert sind. Er bedauert, dass die Mölltaler Bürgermeister hier zu wenig Zusammengehörigkeitsgefühl zeigen und teilweise „ihr eigenes Süppchen kochen wollen“. Das ist schade, weil man durch gemeinsames Vorgehen und übergreifende Projekte viel Geld für Projekte lukrieren kann. Die Gemeinde Rangersdorf überlegt noch und wägt Kosten und Nutzen ab, dabei – so der Vorsitzende – könnte diese Gemeinde für einige anstehende Vorhaben sich voll an den Fördertöpfen bedienen.

Im Allgemeinen herrscht im Gemeinderat Zustimmung, an den Programmen teilzunehmen. Auftretende Fragen etwa nach der Höhe der Fördermittel und deren Herkunft (EU-Mittel), der Deckung der Einreichkosten für Projekte durch die Mitgliedsbeiträge und die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Förderungen für Wirtschaftstreibende, können aufgeklärt werden. Der Bürgermeister weist auch auf das Geschick und die guten Kontakte von GF Mag. Marwieser hin. Das bestätigt auch die neue Kontrollstelle des Landes unter Führung von Dr. Slamanig. Es ist vom Geschäftsführer schon großes Geschick und viel Einsatz erforderlich, die Fülle der bereits jetzt anstehenden Einreichungen förderungstechnisch zu begleiten. Dazu merkt GR Ing. Herbert Mandler an, dass bei derartigen EU-Projekten vor allem die Abrechnung eine enorme Herausforderung für die Antragsteller darstellt.

Das Ersatzmitglied Birgit Huber stellt die Frage, warum der Beitritt heute erst entschieden wird, obwohl schon Beiträge für das erste Jahr entrichtet wurden. Dazu meint der Vorsitzende, dass es schon im Vorfeld einhellige Zustimmung des Vorstandes gab und es unvernünftig wäre, die Chancen der Förderungen nicht zu nutzen. Es sind ja auch schon Projekte in Vorbereitung, wie das Tourismuskonzept Teuchl. Dazu hat der Amtsleiter schon eine fundierte Projektbeschreibung erstellt und diese Sache ist bereits als Vorgriff auf den nächsten Tagesordnungspunkt anzusehen.

Zu den Qualitäten von GF Mag. Gunther Marwieser merkt der Bürgermeister an, dass diesem eine Berufung in ein EU-Gremium in Aussicht gestellt wurde. Das ist wohl Beweis dafür, dass seine jahrelange fundierte Arbeit im Förderwesen (LAG) sehr geschätzt wird.

GV Carmen Thaler meint abschließend, dass das Tal die Chancen sehen und Geschlossenheit zeigen sollte. Es geht um die Bereitschaft, Projekte gut umzusetzen, die nicht an einzelnen Gemeindegrenzen enden sollte.

Nach Abschluss der Beratung stellt Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und beschließen, an den Programmen für die Modellregionen KLAR und KEM für die Dauer von 2018 bis 2021 teilzunehmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei der vorgesehenen Investition schon um den Vorgriff auf ein KEM-Projekt handelt. Er geht kurz auf das angesprochene touristische Konzept für die Teuchl ein (Alte Schmelz, Themenweg Geologie/Bergbau, Loipe) und erklärt, dass die damit im Zusammenhang stehende Anschaffung einer Schneefräse sowohl als Teil des Projekts zu sehen ist, als auch den Zusatznutzen brächte, dass das Gerät bei schneereichen Wintern für die Gemeinde generell zur Verfügung stehen würde. Der Ankauf einer Fräse ist seit Jahren ein Thema, weil dadurch Folgeschäden beim Schneeschieben (Zäune, Leitschienen) vermieden werden können und auch der Ablauf der Schneeräumung verbessert werden kann (Wegfall des Verführers nach starken Niederschlägen etc.). Aus Kostengründen hat man die Investition immer wieder verschoben. Wenn jetzt die Förderung erlangt werden kann und die Anschaffung Teil des Projekts ist, kann man bis zu 50 % Zuschuss erlangen.

Die Bruttokosten für das bereits getestetete und bestens geeignete Gerät betragen € 32.000,- (ohne Berücksichtigung der Förderung/Summe Bestbieter Fa. Reiter, Winklern). Die weitere vorgesehene Investition, der Ankauf eines gebrauchten Streugerätes von der Gemeinde Bad Ischl, ist hinfällig, weil der Zuschlag in der Nachverhandlung mit Preisnachbesserung an einen Mitbewerber gegangen ist. Dazu schlägt der Bürgermeister aber vor, den geplanten Rahmen von € 6.000,-, der für Ankauf und notwendige Adaptierung am UNIMOG notwendig gewesen wäre, beim Projekt „stehen zu lassen.“ Es soll im Anlassfall ein passendes Gebrauchtgerät in dieser Preisklasse angeschafft werden, um eine Verbesserung des Streudienstes zu ermöglichen.

Das Ersatzmitglied Birgit Huber hinterfragt die angesprochenen Beschädigungen durch den Schneepflug. Dies können der Bürgermeister und Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger aufklären. Letzterer erinnert daran, dass die Anschaffung einer Fräse schon beim Kauf des neuen Traktors vorgesehen war, sobald sich die Gemeinde die Investition leisten kann. Mit dem Vorgriff auf das Projekt und die großzügige Fördermöglichkeit sollte die Anschaffung jedenfalls getätigt werden.

Vizebürgermeister Thomas Stefan zeigt auf, dass man die Schneefräse zuletzt für die Monate Dezember/Jänner gemietet hatte. Das hat erhebliche Kosten verursacht (€ 1.000,- je Monat). Die jetzt geplante Lösung mit dem Ankauf ist daher zu begrüßen. Er verweist auch nochmals auf die Notwendigkeit, den Unimog mit einem Streugerät auszustatten. Es gibt durch die veränderten Wetterverhältnisse immer wieder Situationen mit Blitzeis, wo der Einsatz von zwei Geräten absolut zu wenig ist. Für den Unimog sollte die Option eines gebrauchten Gerätes in der genannten Größenordnung von € 6.000,- Gesamtaufwand deshalb unbedingt im Auge behalten werden.

Der Sachverhalt ist klar. Nach Abschluss der Diskussion stellt daher der Bürgermeister den Antrag, den Beschluss zu fassen, die Schneefräse zum Bruttopreis von € 32.000,- beim Bestbieter, der Fa. Reiter aus Winklern, anzukaufen. Gleichzeitig soll ein Betrag von € 6.000,- für die Anschaffung eines Streugerätes bereitgestellt werden. Hier soll der Gemeindevorstand mit der Ermächtigung ausgestattet werden, die Kaufentscheidung kurzfristig treffen zu können.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass es für die ins Auge gefasste Errichtung einer Notwasserversorgung mittels Trinkwasserbrunnen noch alternative Lösungen gibt, die abgeklärt werden sollen. Er tritt daher dafür ein, dies vorher abzuklären und das vorgesehene Einreichprojekt heute nicht zu vergeben.

Infolge dieses Sachverhalts stellt er den Antrag, den Punkt zur Klärung zurückzustellen und von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger als Referent für die Landwirtschaft zur Berichterstattung das Wort. Dieser erklärt, dass die seit vielen Jahren in Verwendung stehende Kühlzelle für die Sammlung der Tierkadaver und Schlachtabfälle bereits mehrfach repariert wurde. Immerhin ist das Aggregat schon am dritten Standort im Einsatz. Wie sich bereits im Herbst herausgestellt hat, entspricht die Anlage nicht mehr den Erfordernissen und eine weitere Reparatur ist weder technisch möglich noch wirtschaftlich sinnvoll. In Absprache mit dem Gemeindetechniker wurde daher der künftige Bedarf erhoben und es wurde ein Angebot der Fa. Tertsche Kältetechnik aus Klagenfurt eingeholt. Eine neue Kühlzelle mit den Maßen 300 x 250 x 250 cm wird zum Bruttopreis von € 10.058,40 angeboten. Die Zelle ist größer als die jetzige und soll künftig auch die Spitzen in der Schlachtzeit abdecken. Nach Vorliegen des Preises hat der Referent auf Ersuchen des Bürgermeisters beim Agrarreferenten auch die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung abgeklärt. Es gab eine mündliche Zusage vom Referat LR DI Benger und mittlerweile liegt die schriftliche Förderzusage über eine Unterstützung seitens des Landes in Höhe von € 5.000,-- vor.

Zum Anbieter, der Fa. Tertsche, hält Ing. Johann Paul Unterweger fest, dass dieses Unternehmen quasi alle TKEs ausstattet und eine gewisse Alleinstellung für sich beanspruchen kann. Es gibt ähnliche Kühlzellen für die Gastronomie, die aber nicht direkt verglichen werden können.

Der Bürgermeister bestätigt die Aussagen des Referenten und hält fest, dass die Gemeinde hier einer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen hat und echter Handlungsbedarf für die Nachbeschaffung gegeben ist. Die Bedeckung für den Ankauf ist durch den heute noch zu beschließenden Nachtragsvoranschlag gegeben.

Es gibt in der Beratung ungeteilte Zustimmung zum Ankauf. Überdies liegt eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes vor. Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge dem Ankauf der neuen Kühlzelle von der Fa. Tertsche zum Bruttopreis von € 10.058,40 zustimmen.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger bleibt am Wort. Er berichtet, dass es seit dem Jahr 2015 eine Initiativgruppe mehrerer Personen im unteren Mölltal gibt, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Radwegnetz in unserer Region zu realisieren, welches dann kartografisch erfasst, beschildert und beworben werden soll. Dabei sollen sowohl Talbereiche als auch die freigegebenen Berg- und Almstrecken (öffentliche und private Wege) im Angebot enthalten sein. Anlass für die Initiative sind gut funktionierende Beispiele in anderen Bundesländern. Dabei soll das neue Angebot sowohl sportlichen Einheimischen zur Verfügung stehen als auch die große Zielgruppe der Biker touristisch anlocken. Er verweist auf die Problematik der Haftung und des vorhandenen Entschädigungsmodells bei privaten Wegen (€ 0,22 pro lfm mit 50% Land und 50 % Gemeinde). In Reißbeck ist es bis dato nicht gelungen, Güter- und Almwege für diese Idee anzusprechen. Man beschränkt sich daher auf öffentliche Wege wie neue Teuchlstraße, Zwenbergstraße, Hattelbergstraße bis vlg. Paul und Danielsbergstraße. Es gab bereits mehrere Aussprachen mit den beteiligten Gemeinden Obervellach, Flattach, Mallnitz und Reißbeck. Wobei es Bestrebungen gibt, auch die angrenzenden Gemeinden Mühldorf und Stall in einem zweiten Schritt noch mitzunehmen, weil das Angebot für Biker auf diese Weise gut erweitert werden könnte. In der letzten Aussprache in Obervellach wurden die ersten Schritte fixiert. Dabei wurde der Referent durch den Bauamtsleiter, DI Stefan Unterweger, vertreten. Jetzt gilt es für die Umsetzung einen Beitrag zwischen € 4.000,-- und € 5.000,-- zu leisten. Umgesetzt werden sollen damit

- Panoramatafel
- Radkarte mit Digitalisierung
- Beschilderung (Talrunde existiert bereits)/Tafeln mit Verhaltensregeln

Mögliche Förderungen über interkommunale Zusammenarbeit und Tourismus werden noch abgeklärt und würden den Gemeindeaufwand natürlich entsprechend verringern. Die Gemeinden Obervellach, Flattach und Mallnitz haben bereits Beschlüsse gefasst, für dieses Radwegnetz jeweils Mittel bis zur Maximalhöhe von € 5.000,-- beizusteuern.

Der Sachverhalt ist klar und die Idee der gemeinsamen Vermarktung der Radregion unteres Mölltal macht Sinn. Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Beschluss fassen, für die geplanten Maßnahmen zum Radwegnetz „Unteres Mölltal“ einen Beitrag bis zu einer Maximalhöhe von € 5.000,-- zu leisten. Eine Verringerung des Beitrages, je nach tatsächlichem Aufwand und Erlangung allfälliger Förderungen, ist möglich.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass infolge des Anlassfalles „Wilhelmer“ wiederholt über die Realisierung von „schnellem Internet“ gesprochen wurde. Dafür gibt es Angebote von mehreren Anbietern für die Schaffung einer recht teuren „Insellösung“, welche kleinen Internetnutzern keinen Vorteil bringen würde. Daraufhin hat die Gemeinde Kontakt mit dem für die Breitbandinitiative Verantwortlichen des Landes Kärnten, Herrn Peter Schark, Kontakt aufgenommen. Dieser hat als absolut wichtige Grundlage für den Breitbandausbau in der Gemeinde und die Nutzung der derzeit sehr guten Förderkulisse die Erstellung eines Masterplanes für die Gemeinde genannt. Auf seine Initiative wurde ein Angebot für diesen Masterplan von der Firma GNK GmbH Glasfasernetz Kärnten eingeholt. Die Kosten für die Erstellung dieses Masterplanes

betragen € 9.480,-- wobei es eine 75 %ige Förderung des Landes gibt. Für die Gemeinde ergibt sich somit ein tatsächlicher Aufwand von lediglich € 2.370,--. Die Beauftragung zur Erstellung des Masterplanes wurde mittels Rundlaufbeschluss des Gemeindevorstandes gefasst. Dies auch deshalb, um für die Firma Wilhelmer noch im April/Mai 2018 eine brauchbare Lösung realisieren zu können. Der Förderantrag wurde ebenfalls bereits beim Land eingereicht.

Der Entwurf des Masterplanes liegt seit einigen Tagen vor und ist noch im Detail auszuarbeiten. Der Plan sieht die Erschließung der gesamten Gemeinde mittels Glasfaser vor. Die Umsetzung der einzelnen Abschnitte kann natürlich nur schrittweise nach und nach erfolgen. Auch wird die Notwendigkeit und Machbarkeit der Versorgung der Randregionen durch den finanziellen Rahmen und die politische Entscheidung zu treffen sein. Für die rasche Anbindung der Fa. Wilhelmer stehen jedenfalls schon zwei grundsätzliche Möglichkeiten an und zwar ausgehend vom zentralen Punkt (Gemeinde) über die Volksschule (weil es für Bildungseinrichtungen derzeit eine 90%ige Förderung gibt) und weiter über die „alte ÖDK-Siedlung“. Eine Variante wäre die Nutzung des Systems des WV Lurnfeld-Reißeck mit einer Direktverbindung von der Riekenbachbrücke direkt ins Werk II (als Firmenförderung mit Einigung über die spätere Netznutzung durch die Gemeinde).

Auf Ersuchen des Bürgermeisters erläutert der Amtsleiter die seit rund 2 Jahren laufenden Bemühungen, Ortsteile von Penk Sonnseite und Napplach mit einem Projekt der A1 zu versorgen. Hier sind technische Nachteile (Kupferverbindungen von zentralen Punkten aus) und wirtschaftliche Überlegungen (Anschlussgrad als Anreiz für den Anbieter) eher bremsend. Mit dem Masterplan ist eine ganz andere Qualität der Versorgung möglich. Er basiert auf einer Dreiteilung wobei das Netz der Gemeinde gehört, ein beauftragter Netzbetreiber die Verbindungen schafft und garantiert und der Betrieb bzw. Haushalt sich beliebig einen Anbieter suchen kann, der zu fixen Konditionen das vorhandene Netz verwendet.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger ergänzt, dass die Verbindung zur sogenannten „europäischen Datenautobahn“ bei der Autobahnmeisterei in Feicht-Lendorf besteht. In der Gemeinde wäre ein zentraler Knoten (Entwurf Masterplan im Bereich der Möllbrücke/realistisch im Gemeindeamt) Ausgangspunkt für die Entwicklung der Versorgung bis in alle Ortschaften. Die Umsetzung kann natürlich nur in sogenannten Clustern schrittweise geschehen. Anderes als etwa Mühldorf hat die Gemeinde die Mitverlegung einer Leerverrohrung beim Kanalbau leider nicht gemacht. Man muss das aber aus der damaligen Sicht verstehen. Immerhin ist das Kanalnetz der Gemeinde riesig, sodass einerseits Kostengründe (Verringerung der Kanalförderung) und fehlender Druck (Nachfrage nach schnellem Internet war noch nicht da) und andererseits die damalige Prognose (künftige Versorgung über Satellit) die Entscheidung beeinflussen haben.

Der Gemeinderat nimmt die vorgenommene Beauftragung des Masterplanes zustimmend zur Kenntnis. Die Befassung mit den weiteren Schritten der Umsetzung wird zeitgerecht erfolgen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt neuerlich Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort. Dieser trägt gemeinsam mit der Finanzverwalterin die vorgesehenen Änderungen des 1. Nachtragsvorschlages vor. Grundlage für den Bericht und zeitgleiche Beantwortung aufgetretener Fragen bilden dabei die für den Gemeinderat vorbereiteten Erläuterungen. Diese stellen sich wie folgt dar:

Ordentlicher Haushalt:

Erweiterung von € 4,543.800 um € 866.700 auf nunmehr € 5,410.500 in Einnahmen und Ausgaben

Nachveranschlagt wurden die bereits zugesicherten bzw. beschlossenen Einnahmen und Ausgaben.

Feuerwehr Kolbnitz	Bekleidungsspind	€ 3.300	Zusch.Land: € 1.500
Volksschule Reißbeck	Leitbild	€ 1.500	
Haus Anlauf	Anpass.Betr.Kosten	€ 1.200	
Tennisplatz Kolbnitz	Rep. Zaun	€ 3.000	
Vereinszuwendungen	Sen.Bund u.Laiensp.Gr.	€ 2.100	
Tierkörperbeseitigung	Ank.e.Kühlzelle	€ 10.100	BZ a.R.: € 5.000
Anpassungen/Verschiebungen	Gde.Str./Schneer./Bad	€ 23.600	Einn.: € 8.700
Verkehrsverbund	Guthabensabre.		Einn.: € 4.300
Erweiterung LAG	Beitr.KEM/KLAR	€ 10.000	
Straßenbeleuchtung	Erweiterung Nappl.	- € 20.000	
Penk 29 (ehem.VS)	Instandh.Geb.	€ 4.500	
Rückführung v. AOH	Abre. Wärmepumpe		Einn.: € 500
Soll-Überschuss 2017	lt. RA 2017		Einn.: € 19.400

Wohnungen Penk 29 – ehem. Volksschule : Umschichtung von Ansatz "853" auf „846“ (Wohn- und Geschäftsgebäude)

Bei den Gebührenhaushalten Müll/Wasser/Kanal/Wohnungen wurden die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses veranschlagt und gleichzeitig die Soll-Überschüsse als Rücklagenzuführung veranschlagt. Gesamtsumme Veränderungen Gebührenhaushalte: Einnahmen und Ausgaben: € 821.600

Außerordentlicher Haushalt:

Erweiterung von € 581.300 um € 319.500 auf € 900.800 in Einnahmen und Ausgaben

Bei den einzelnen Vorhaben wurde das Rechnungsergebnis 2017 veranschlagt.

Die beiden Straßenvorhaben (Hattelberg BA 02 und Teuchlstraße BA 03) – gesamt € 115.000 wurden auf NULL gestellt. Dafür ist das neue Vorhaben „Teuchl BA 03/Hattelberg BA 02/Str. Bel. Klausner/Zuf.Weichsler u. Zwenbergstraße“ mit einer Vorhabenssumme in Höhe von € 289.000 lt. Finanzierungsplan veranschlagt.

Die in der Beratung aufgeworfene Frage der Bezahlung der Beiträge KEM/KLAR kann auch von der Finanzverwalterin nicht ad hoc beantwortet werden. Sie vermutet, dass von der angesprochenen Zahlung 2017 LAG Beiträge mit einrechenbaren KEM/KLAR-Projektkosten betroffen sind. Sie sagt Aufklärung bzw. entsprechende INFO an den Gemeinderat zu.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt und eine Empfehlung des Gemeindevorstandes vorliegt, stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge den 1. Nachtragsvoranschlag 2018 wie erstellt und vorgetragenen genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende dankt für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21.42 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:

Alfred Hübner
Donis Lur

Der Bürgermeister:

Thomas Stefan

Der Schriftführer:

Legung